DIE NEUE JÜLICHER - Zeitung für Politik & Kultur • gratis • 02. Jahrgang • Ausgabe Nr. 4 • August/September 2016 • Auflage: 10.000

DIE NEUE JÜLICHER

Zeitung für lokale Politik & Kultur

- SPEZIAL - BAU AUSGABE

Solar Global • Sozialer Wohnungsbau • TIPP und CETA • Einzelhandel • Fracking • Aus Rat und [illegible]

Abd.: LM+

Heiße Diskussionen im Jülicher Sommer

Der Jülicher Schwanenteich - welche Rolle soll er im Stadtbild spielen und wie soll er gestaltet sein? Eine Frage, die die Jülicher Politiker schon seit Jahren beschäftigt und die durch ein Gastronomieprojekt neue Aktualität erhalten hat.

Jülich • Das Gastronomieprojekt berührt viele Facetten, die im Rahmen der Jülicher Stadtentwicklung schon als einzelne Punkte erheblichen Diskussionsstoff bieten. Wenn sie dann aber so geballt auftreten, schlagen die Emotionen hoch. Die Trinkhalle: denkmalschutzwürdig oder nicht? Generell die Frage: Welche Rolle soll der Denkmalschutz in Jülich spielen und wie sollen Neubauten gestaltet sein? Diese Fragen bieten bei innerstädtischen (Neu-)Bauten regelmäßig Stoff für hitzige Diskussionen. Dabei spielt besonders bei älteren Jülichern die Erinnerung und die nostalgisch-emotionale Bindung oft eine größere Rolle als der Denkmalschutz. Auch dies gilt es zu berücksichtigen.

Der Erhalt von Grünbereichen: Angesichts von Ruruferplanungen mit umfangreichen Baumfällungen, Rodungsplänen für das Trommelwäldchen und einer durch Beseitigung von Straßenbäumen immer grauer werdenden Innenstadt ist für viele die großflächige Bebauung des Schwanenteichufers ein rotes Tuch.

Auch grundsätzliche Aspekte der Stadtentwicklung sind betroffen. War im letzten Jahr noch die Belebung des Marktplatzes und der westlichen Innenstadt ein Hauptthema der politischen Diskussion, so würde durch dieses Projekt der innerstädtische Schwerpunkt erneut Richtung Osten verschoben. Nachdem der Bürgermeister die beschlossene Walramplatzbebauung nicht favorisiert und die Stadthalle geschlossen werden soll, wäre dies ein weiterer Schritt gegen die Belebung der westlichen Innenstadt.

Angesichts der besonders exponierten Lage des Schwanenteiches in Jülich muss auch die Frage nach der Qualifikation des Investors für ein solches Projekt eine Rolle spielen. Oder reicht es in Jülich inzwischen aus, wenn man mit dem Bürgermeister oder einzelnen Verwaltungsmitgliedern per du ist? Vielleicht muss man auch nur Mitglied der FDP werden? Auf Nachfrage der Grünen im Rat konnte der Investor, Herr Max Lenzenhuber, jedenfalls weder im Immobilien- noch im Gastronomiebereich Referenzprojekte vorweisen.

Das Amt für Denkmalpflege konnte zwar keinen „Denkmalwert“ erkennen, es rät aber zu einer städtebaulichen Analyse und einem architektonischen Wettbewerb. Bürgermeister und Ratsmehrheit favorisieren hingegen einen mit Bau- und Gastronomieprojekten völlig unerfahrenen Investor.

Ein Gastronomiebetrieb am Schwanenteich unter Einbeziehung der alten Trinkhalle in angemessener Größe und Gestaltung, wäre auch für die Grünen wünschenswert.

Ein Objekt, das von seinen Ausmaßen und seiner Besucherkapazität fast in der Lage wäre die Jülicher Stadthalle zu ersetzen, ist aus Sicht der Grünen an dieser Stelle jedoch fehl am Platz.

Die größte Katastrophe für Jülich wäre an dieser Stelle jedoch eine Bauruine aufgrund von Fehlplanungen und Unerfahrenheit eines Investors. Ein solches Risiko wollten dann auch die Befürworter dieses Projektes unter den Grünen nicht eingehen und somit stimmte die Fraktion geschlossen dagegen. LB

GRÜNE finanzieren Stipendium für „31. Summer School Renewable Energy“

Jülich • Erneuerbare Energien sind eine Zukunftstechnologie, die nicht nur in Deutschland, sondern weltweit eine immer größere Bedeutung für die Energieversorgung spielt. Fachkräfte sind schon seit Jahren gesucht. Gleichzeitig gibt es ein großes Interesse an erneuerbaren Energien insbesondere bei jungen Menschen. Um Interessierte an die Technik und ihre Möglichkeiten heranzuführen, lud das Solar-Institut der FH Aachen auf dem Solarcampus in Jülich nun schon zum 31. Mal zur „Summer School Renewable Energy“ ein.

In diesem Jahr fand der zweieinhalbwöchige Sommerkurs für Studierende aller Hochschulen und Fachrichtungen mit Vorträgen, Exkursionen und Workshops rund um erneuerbare Energien und Energieeffizienz vom 10. bis 26.8 statt.

Der Kreisverband Düren und der Ortsverband Jülich von Bündnis 90/Die Grünen haben sich entschieden, einem jungen Menschen unabhängig von seinen finanziellen Möglichkeiten die Teilnahme an der „Summer School Renewable Energy“ in Jülich zu ermöglichen.

Dazu der Sprecher des Kreisverbandes der Grünen Düren, Oliver Krischer MdB: „Mit dem Stipendium für die ‚Summer School Renewable Energy‘ wollen wir junge Studierende dazu ermutigen, sich mit dem Thema erneuerbare Energien zu beschäftigen und übernehmen deshalb den Teilnehmer*innenbeitrag für eine Studentin/einen Studenten.“

EL

Solar Global e.V.: Angepasste regenerative Technologien für Entwicklungs- und Schwellenländer

Von Prof. Dr. Klemens Schwarzer

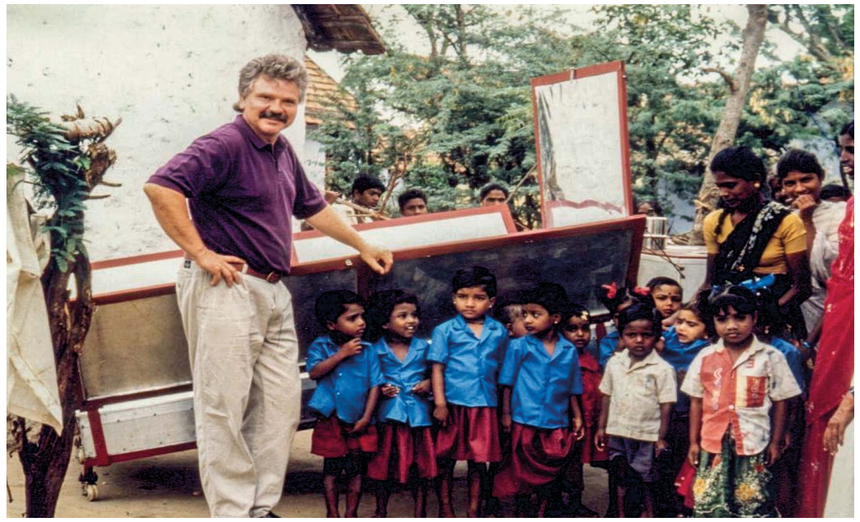


Abb. 1: Solarkochereinsatz in Kindergarten in Südindien (1993)

Jülich • Spätestens seit der Flüchtlingskrise ist klar, dass die Migrationsursachen neben den politischen Verhältnissen auch in der unzureichenden Versorgungs- und Infrastruktur in diesen Ländern zu sehen sind. Die Globalisierung und die Öffnung der örtlichen Märkte für subventionierte landwirtschaftliche Produkte aus den Industrienationen hat die Situation für viele Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern zusätzlich verschärft.

Der Zugang zu einer angemessenen, erschwinglichen und nachhaltigen Versorgung besonders im Energiebereich ist für die Verwirklichung der meisten Entwicklungsziele Voraussetzung. Nur unter diesen Voraussetzungen ist wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Menschen möglich. In Entwicklungsländern leben heute noch ca. 1,8 Milliarden Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser. Ca. 2,6 Milliarden, mehr als 40 % der Weltbevölkerung, sind ohne Strom und sanitäre Einrichtungen oder entsprechende Abwassersysteme. Etwa 2,5 Milliarden Menschen benötigen Holz zum Kochen. Andere Energiequellen sind oft nicht verfügbar oder von den Menschen nicht bezahlbar. In vielen dieser Bereiche kann den Menschen durch den Einsatz angepasster Solartechnik geholfen werden. Diese Technologien erlauben einen dezentralen, umweltschonenden einfachen und kostengünstigen Aufbau und eine nachhaltige Verbreitung. Hierzu ist jedoch intensiver Know-how-Transfer Grundvoraussetzung.

1992 wurde der gemeinnützige Verein „Solar Global e.V." gegründet. Gründungsziel des Vereins ist es, die Lebens- und Umweltsituation in ärmeren Ländern durch angepasste Solartechniken zu verbessern und die Bevölkerung bei uns für die Lebens- und Umweltproblematik in Entwicklungs- und Schwellenländer zu sensibilisieren. Bei der Durchführung der verschiedenen Projekte wurde in den letzten Jahren stets ein ganzheitlicher Lösungsansatz für den Einsatz angepasster Solartechnik gewählt. Die Durchführung der Projekte erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Nichtregierungsorganisationen (NGO's) und der örtlichen Bevölkerung.

Im Folgenden möchte ich einige Projekte kurz darstellen, um unsere Entwicklungsarbeiten etwas zu veranschaulichen. Das erste Projekt wurde vor etwa 24 Jahren in Südindien durchgeführt, als „Solar Global e.V." Solarkocher in verschiedenen Kinderheimen und Kindertagesstätten für arme Bevölkerungsgruppen baute. Abbildung 1 zeigt den Einsatz eines Solarkochers in einem Kindergarten 1993 in Südindien (Kanyakumari).

In Burkina Faso wurde zusammen mit dem Solar-Institut Jülich der FH Aachen und vor Ort tätigen NGO's eine solare Großbäckerei für 1000 Brote pro Tag errichtet und in Betrieb genommen. Die Anlage besteht aus 16 großen Spiegeln, einem Steinspeicher und einem konventionellen Backofen. Mit den Spiegeln wurde Luft auf etwa

Abb. 2: Fertige solare Backanlage mit 16 Spiegeln in Burkina Faso

300°C erhitzt und die Wärmeenergie in dem Steinspeicher zwischengespeichert und von dort zum Backofen geleitet. Abbildung 2 zeigt die fertige Anlage (Spiegelfeld).

Im Jahr 2010 nahm der international in der Entwicklungshilfe tätige Orden der Franziskanerinnen Salzkotten Kontakt mit „Solar Global e.V." auf, um sich über die Möglichkeiten des solaren Kochens zu informieren. Einsatzort der Kocher sollte eine Schule für Aidswaisen mit 1200 Schülern in Madisi (Malawi) sein, die von dem Orden betrieben und finanziert wird. Wegen der großen Kochmenge und auch des frühen Kochbeginns (morgens 6 Uhr) wurde ein hybrides Kochsystem, bestehend aus 6 verbesserten großen Holzherden, mit solarer Warmwassereinspeisung gewählt und 2011 installiert. Die verbrauchte Energie konnte auf etwa 20 % des ursprünglichen Energieverbrauchs gesenkt und besonders das gesundheitliche Risiko der Köchinnen durch Rauch und Verbrennungsgefahr erheblich reduziert werden. Dieses Konzept ist auf viele Schulen und Krankenhäuser oder ähnliche Einrichtungen in Entwicklungsländern übertragbar. Die Abbildungen 3 und 4 zeigen die alte und die neue Küche mit den verbesserten Holzherden und solarer Warmwassereinspeisung.

Unser jüngstes Projekt ist die Installation von 65 so genannten Solar-Home-Systemen für eine autarke Stromversorgung von Wohnhäusern in Bolivien. Projektpartner sind die 'Fundación de Apoyo al Desarollo Integral de los Pueblos y Communidades' in Bolivien und die Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V./Landesverband Thüringen. Begleitend zur Bereitstellung der Systeme erhielten die Gemeindemitglieder eine Unterweisung in Installation, Betrieb und Wartung, um die Nachhaltigkeit des Projektes zu gewährleisten. Für die Familien bedeutet dies, dass die Erwachsenen mit dem Licht länger arbeiten können sowie die Kinder die Möglichkeit haben, abends länger lesen und lernen zu können.

Fazit

In den vielen Projekten konnte gezeigt werden, dass die Anwendung einfacher und angepasster Solartechniken auf vielfältige Weise die Lebens- und Umweltbedingungen verbessert. Aufgrund ihrer Erfolge haben die Projekte bei der Bevölkerung eine gute Akzeptanz gefunden. Für die Fortführung der Arbeiten werden noch dringend Spenden benötigt. *(Bankverbindung: Solar Global e.V., Stichwort „Solarprojekte", Kreissparkasse Düren, BLZ 39550110, Kto.Nr: 390 28 06)*

Abb. 3: Alte Küche

Abb. 4: Neue „hybride" Großküche

Zur Person

Prof. Dr. Klemens Schwarzer lehrte an der FH Aachen technische Thermodynamik und Solarenergie. Zusammen mit Prof. Dr. Michael Meliß (†) gründete er das Solar-Institut Jülich (SIJ) der FH Aachen, eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung der FH Aachen, und gehörte bis zu seiner Pensionierung 2009 zum Vorstand des SIJ. Im Rahmen seiner Forschungstätigkeit arbeitete er in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern. Schwerpunkte der Forschungs- und Entwicklungsarbeit waren einfache und angepasste Technologien im Energie- und Trinkwasserbereich. Im Jahr 1995 erhielt er für diese Tätigkeit den Europäischen Solarpreis von EUROSOLAR. 1992 gründete er den Verein „Solar Global e.V.". Zuerst, um eine Nachbetreuung seiner Forschungsprojekte einfacher zu gewährleisten, später entwickelte „Solar Global" eigene Projekte. Bis 2015 war er 1. Vorsitzender des Vereins und ist zurzeit 2. Vorsitzender.
Webseite:
http://www.solarglobal-ev.de

Sozialer Wohnungsbau in Jülich: Chance vertan

„Ein typisch unverbindliches Gemerkel, wenn sich die Koalitionspartner nicht einig sind". So bezeichneten die Grünen im Jülicher Stadtrat die von der CDU „weichgespülten" Beschlüsse zum Sozialwohnungsbau in Jülich.

Jülich • Die Sozialpolitik wird oft als Sache des Bundes oder des Landes betrachtet. Dies ist in vielen Fällen auch richtig und die Kommunen müssen die Beschlüsse dann umsetzen. Es gibt aber auch Bereiche, in denen die Kommunen Sozialpolitik selber gestalten können. Dazu gehört der soziale Wohnungsbau. Angesichts des offensichtlichen Mangels an bezahlbarem Wohnraum in Jülich haben sich die SPD und der Seniorenbeirat diese Thematik schon seit längerem auf die Fahnen geschrieben. Die SPD ist damit jedoch vor der Sommerpause an ihrem Koalitionspartner, der CDU, kläglich gescheitert.

Die Jülicher Verwaltung favorisiert immer wieder den Bau hochwertigen und damit auch teuren Wohnraums. Löbliche Ausnahme bildet das von der SPD initiierte Projekt zum Sozialwohnungsbau auf dem Gelände der alten Musikschule. Was aber ist besser für Jülich - zweihundert Quadratmeter Luxuswohnraum oder auf gleicher Fläche zwei Sozialwohnungen für einkommensschwache Familien mit Kindern?

Plant die CDU eine Aufteilung der Baugebiete in Jülich nach arm und reich?

Als zynisch muss man in diesem Zusammenhang die Bemerkung von Peter Capellmann (CDU) bezeichnen, der in dem Antrag der SPD die Gefahr sah, dass Sozialwohnungen in einem Bereich entstehen, wo man sie nicht haben will. Plant die CDU eine Aufteilung der Baugebiete in Jülich nach arm und reich? Mit dem sozialen Sprengstoff einer solchen Politik hatte Jülich lange Jahre in der Schweizer Siedlung zu kämpfen.

Die SPD hatte in einem ursprünglichen Antrag eine Sozialwohnungsquote von zehn Prozent bei allen neuen Mehrfamilienhäusern in Jülich vorgesehen, wobei begründete Ausnahmen möglich blieben.

Anstatt jedoch für diesen Antrag Mehrheiten zu suchen, die durchaus möglich gewesen wären, entschied sie sich zunächst in einer zweiten Runde, alle „Muss-" durch „Kannbestimmungen" zu ersetzen, um den Antrag dann am Ende komplett zurückzuziehen und sich der Vorlage des Koalitionspartners CDU anzuschließen.

Diese formulierte letztendlich mit ihrem Antrag nur die alt bekannte, gern befolgte Weisheit: „Wer nichts tut, der macht auch keine Fehler". Dem konnten sich dann auch FDP und JÜL anschließen. So soll jetzt ein stärkerer Sozialwohnungsbau nur angestrebt werden und die Verwaltung regelmäßig darüber berichten. Die CDU hat damit verantwortliche Sozialpolitik in Jülich verhindert anstatt sie konstruktiv zu gestalten.

Einen völlig unverständlichen Kurswechsel vollzog Heinz Frey (JÜL). Nachdem er im Hauptausschuss noch Sympathie für den Antrag der SPD geäußert hatte, schloss er sich in der Ratssitzung der CDU und der FDP an. Seinen Äußerungen war zu entnehmen, dass er wohl beleidigt war, im Vorfeld von der SPD nicht nach seiner Meinung gefragt worden zu sein.

Den anschließenden Rundumschlag von Lambert Schmitz (CDU) gegen die Politik der Grünen betrachten diese eher als ein in Kritik verpacktes Lob ihrer politischen Arbeit und ihrer konstruktiven Vorschläge ob nun zum Sozialwohnungsbau, zum Haushalt, zu den Plänen der Firma Eichhorn, zum Brückenkopfpark oder allen anderen Themen der Jülicher Politik.

LB

Auf dem Gelände der alten Musikschule sollen Sozialwohnungen entstehen — Foto: B90DG

Grünes Konzept für den Brückenkopfpark

Ein Freizeit- und Erholungspark in Jülich für die Jülicher Bevölkerung - dieses wesentliche Ziel scheint man im Brückenkopfpark besonders bei der Eintrittspreisgestaltung manchmal aus den Augen verloren zu haben.

Foto: B90DG

Jülich • Durch die hohen Eintrittspreise haben viele Jülicher eher das Gefühl, man habe ihnen etwas weggenommen als ihnen mit dem Park etwas geboten. Deshalb haben die Grünen in der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause ein Eckpunktepapier vorgelegt, das bei diesem Defizit ansetzt. Anlass war ein Haushaltsantrag von CDU und SPD, der den jährlichen städtischen Zuschuss für den Park in den nächsten fünf Jahren auf 600.000 Euro festschreiben sollte. Den Grünen war diese Zeitspanne zu lang. Sie befürchteten eher einen völligen Stillstand als ein Moratorium, um eine konzeptionelle Weiterentwicklung zu ermöglichen, wie es in der Begründung des Antrags hieß.

Die Menschen in Jülich sollen den Brückenkopfpark als ihren Park erleben können und nicht nur als Attraktion für auswärtige Besucher. Das ist eins der wesentlichen Ziele des Grünen Konzeptes. Wenn dies gelänge, wäre man möglicherweise auch bereit, den jährlichen Finanzzuschuss mitzutragen und dafür auf anderen Gebieten Einschränkungen hinzunehmen.

Dazu enthält das Grüne Konzept zwei wesentliche Punkte: Zum einen eine geänderte Eintrittspreisgestaltung selbst und zum anderen den kostenlosen Zugang zum Stadtgarten sowie der Brückenkopffestung.

Der heutige Stadtgarten ist der ehemalige Kirmesplatz Jülichs. Er war also schon immer ein Veranstaltungsplatz und sollte dies auch in Zukunft bleiben. Kostenpflichtig sollte der Zutritt aber nur bei entsprechenden Veranstaltungen sein. Dadurch wäre auch eine Ansiedlung von Gastronomie möglich, ohne dass deren Rentabilität von der Besucherzahl im Park abhängt. Biergartengastronomie auf dem Grundstück „Haus Hesselmann“ und ein Café am „Ort der Stille“ wären zwei Beispiele. Die Durchgänge durch die Festung wären zukünftig die Eingänge in den kostenpflichtigen Teil des Parks.

Die Eintrittspreise sind derzeit auf einen ganztägigen Besuch des Parks ausgerichtet. Um den Park auch für Kurzbesuche, zum Beispiel den Sonntagsspaziergang, attraktiv zu machen, schlagen die Grünen Eintrittspreise nach dem „Parkhausmodell“ vor. Der Eintrittspreis richtet sich nach der Aufenthaltsdauer im Park. Denkbar wäre zum Beispiel ein Stundentakt. Auch die Gastronomie innerhalb des Parks könnte davon profitieren, wenn für einen Restaurantbesuch nicht zusätzlich stets der volle Parkeintritt zu zahlen wäre.

Auch eine komplette Öffnung des Parks mit einem kostenpflichtigen Tierpark ist für die Grünen kein Tabuthema. Allerdings werden sich dadurch die Kosten nicht zwangsläufig reduzieren. Sie sollten daher zunächst in einem externen Gutachten ermittelt und Vor- und Nachteile gegeneinander abgewogen werden.

Das komplette Eckpunktepapier ist im Internet unter *www.gruene-juelich.de* einsehbar.

LB

Grüne Eckpunkte für ein neues Brückenkopfpark - Konzept

1. Die Fokussierung auf die Zielgruppe „Familien mit Kindern“ war bisher erfolgreich und sollte weiter verfolgt werden. Diese Fokussierung darf jedoch nicht dazu führen, dass der Park zu einem hochwertigen Kinderspielplatz umgestaltet wird. Zur Zielgruppe gehören neben den Kindern eben auch die Eltern (Erwachsenen).

2. Der Brückenkopfpark soll zukünftig ein Park in Jülich für „Die Jülicher” sein und damit ein wesentliches seiner vom Gesellschafter vorgegebenen Ziele, nämlich als Naherholungsgebiet für Jülich zu dienen, auch erfüllen.

3. Der Fokus auf die Zielgruppe Jugendgruppen/Schulklassen/Vereine muss weiter verstärkt werden, besonders auch unter dem Aspekt mehrtägiger Gruppenausflüge wie zum Beispiel Klassenfahrten oder Ferienfreizeiten.

4. Der Parkcharakter im Sinne von „gestalteter Landschaft“ oder Garten muss auch in Zukunft erhalten bleiben. Ein reiner Erlebnispark im Sinne eines Phantasialandes ist nicht wünschenswert. Natur erleben muss ein wesentlicher Aspekt des Parks bleiben. Dabei müssen Familienpark, Tierpark und Denkmal sich ergänzen und voneinander profitieren.

5. Der Stadtgarten wird wieder zu einem städtischen Veranstaltungsort. Dazu werden der Stadtgarten und die Festung aus der Parkbewirtschaftung genommen und kostenlos zugänglich. Die Umzäunung bleibt jedoch erhalten, um bei Veranstaltungen einen kostenpflichtigen Zugang zu ermöglichen. Die Durchgänge durch den Brückenkopf werden die zukünftigen Eingänge in den kostenpflichtigen Teil des Parks.

6. Auf dem Hesselmann - Grundstück wird eine attraktive Gastronomie angesiedelt (Biergarten), deren Rentabilität durch die Öffnung des Stadtgartens auch nicht mehr von der Parkbesucherzahl abhängig ist.

7. Das Eintrittspreiskonzept wird komplett verändert. Durch Eintrittspreise, abhängig von der Aufenthaltsdauer (Parkhausmodell), wird der Park auch für Kurzbesucher attraktiv gemacht (Sonntagsspaziergang).

8. Durch attraktive gastronomische Angebote muss der kostenpflichtige Park schon alleine zu ihrem Besuch zum Anziehungspunkt werden. Es muss gelingen, die Abhängigkeit der Parkgastronomie von der Besucherzahl im Park zu entkoppeln zum Beispiel durch teilweise Erstattung des Parkeintritts.

9. Die Brückenkopffestung als zentraler Bestandteil des Parks wird der Öffentlichkeit weitestgehend zugänglich gemacht und auch ihrer Bedeutung entsprechend präsentiert.

10. Durch ein externes Gutachten werden die Kosten einer kompletten Parköffnung mit einem kostenpflichtigen Zoobereich überprüft. Dabei bedeutet Parköffnung einen kostenlosen Zutritt, ohne jedoch die Umzäunung abzubauen, damit weiterhin kostenpflichtige Veranstaltungen möglich sind. Hier ist insbesondere auch die Beteiligung eines privaten Betreibers in Betracht zu ziehen.

Kultur in Jülich

Theater, Kabarett, Oper, Open-Air Kino, Konzerte, Kindertheater und -konzerte, Ausstellungen und Kunstprojekte mit internationalen Künstlern.

Jülich • Fast könnte man meinen, dies sei eine Liste des städtischen Kulturprogramms in Mönchengladbach, Aachen oder Köln. Es ist jedoch die Liste von Veranstaltungen, die in Jülich vom städtischen Kulturbüro organisiert werden. Eine komplette Übersicht über dieses Kulturprogramm wird nun auch erstmals in einem eigenen Programmheft dargestellt. Sowohl aufgrund seiner Übersichtlichkeit als auch hinsichtlich seines Designs ist dieses Heft ein gelungener Werbeträger für die Stadt Jülich.

Aus dem Programm besonders zu erwähnen ist die erstmalig durchgeführte und auch ausverkaufte „Kultour“: Eine Opernfahrt zur Deutschen Oper am Rhein zum Besuch der Oper „Aida“. Auch die Theaterreihe, deren Weiterführung nach der Spielzeit 2014/2015 in Frage stand, gehörte mit einem Zuschauerschnitt von über 200 Besuchern zu den erfolgreichen Projekten. Dies lag nicht zuletzt an der attraktiven Programmauswahl. Die Theaterreihe wird nun auch in der Spielzeit 2016/2017 fortgesetzt.

Ein besonderes Augenmerk richtete das Kulturbüro auch in dieser Spielzeit auf die Kultur für Kinder und Jugendliche. Mit der Kindertheaterreihe, dem Kinderkultursommer, den Fidolino-Kinderkonzerten, den Kulturstrolchen und dem Kulturrucksack war etwa die Hälfte der Aktivitäten auf diese Zielgruppe ausgerichtet. Eine solche Vielfalt findet sich andernorts nicht so leicht wieder.

Das Programm des Kulturbüros wird nahezu vollständig durch externe Fördergelder und Eintrittspreise finanziert. Dauerkarten für die Theaterreihe, im Kulturbüro der Stadt erhältlich, eignen sich natürlich auch gut als Geschenk.

Die enge Zusammenarbeit zwischen städtischem Kulturbüro und KuBa ist ein weiterer Erfolgsfaktor im Jülicher Kulturbetrieb.

In Zusammenarbeit mit dem Kulturbahnhof (KuBa) fand wie in den Vorjahren auch 2015 wieder ein Open-Air-Kino statt, und dies wird auch 2016 fortgesetzt. Die enge Zusammenarbeit zwischen städtischen Kulturbüro und KuBa ist ein weiterer Erfolgsfaktor im Jülicher Kulturbetrieb. Die Veranstaltungen des KuBa - organisiert von Cornel Cremer - nehmen hier noch einmal einen mindestens genau so breiten Raum ein wie das städtische Kulturprogramm. Mit Kino, Kleinkunst, Kabarett, Comedy, Theater und Lesungen ist es aus der Jülicher Kulturszene nicht wegzudenken.

Dabei bildet der „Herzog“, das hervorragend gestaltete, unabhängige Jülicher Kulturmagazin, auch weiterhin die erste Informationsquelle für alle Veranstaltungen, ob öffentlich oder privat organisiert. Mit der oben aufgeführten Liste ist allerdings das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht. Es fehlen noch die Veranstaltungen vieler privater Organisationen wie beispielsweise des Jazzclubs, des Symphonieorchesters „Collegium Musicum“ oder der „Bühne‘80“.

Wenn sich Jülich als eine lebens- und liebenswerte Stadt erweist, dann ist dies maßgeblich auch seinem hervorragenden Kulturprogramm und all seinen Organisatoren zu verdanken.

Das Kulturbüro - geleitet von Christoph Klemens - hat unter seiner 2016 ausgeschiedenen Dezernentin Katarina Esser für den Kulturbetrieb der Stadt Jülich Maßstäbe gesetzt. Die Grünen sind zuversichtlich, dass dieses erfolgreiche Team das Niveau auch in Zukunft halten kann.

JL

Grüne Landtagsfraktion testet Netzangebot in NRW:

Jülich ist Testsieger im Kreis Düren

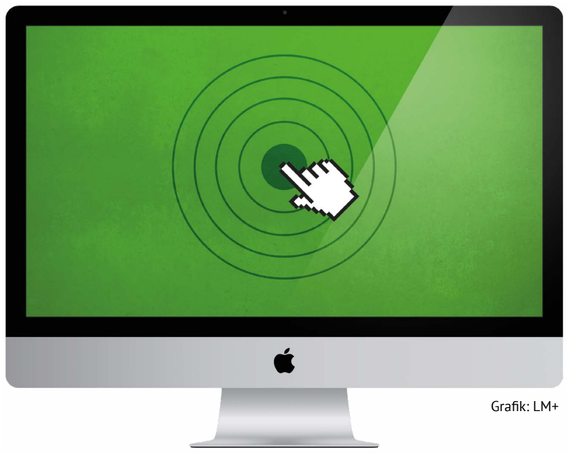
Jülich • Mehr Mitbestimmung, besserer Service, transparente Daten: Dank des digitalen Wandels können kommunale Verwaltungen Bürgerinnen und Bürger besser unterstützen und einbinden. Zum zweiten Mal hat die GRÜNE Landtagsfraktion mit dem Online-Check überprüft, welche der 396 NRW-Kommunen die Vorreiter im Netz sind und was Städte und Gemeinden heute bieten müssen, um mit dem digitalen Wandel Schritt zu halten. Erstmals wurden beim Online-Check 2016 auch die Internetseiten der 31 Kreise in NRW getestet.

Hierzu erklärt die Landtagsabgeordnete Gudrun Zentis: „Der Test zeigt die große Vielfalt, mit der Kommunen ihren Bürgerinnen und Bürgern digitale Leistungen zur Verfügung stellen. Für uns GRÜNE ist klar: Alle Menschen sollen vom digitalen Wandel profitieren. Es ist daher wichtig, dass die Städte, Gemeinden und Kreise die Chancen der Digitalisierung nutzen.“

Geprüft wurden elektronische Bürgerdienste (E-Government), Zusammenarbeit und Beteiligung (Open Government) und Informationsbereitstellung (Open Data).

„Die Städte Jülich und Düren sind im Kreis Düren gut aufgestellt. Jülich nimmt im Gesamtranking von 396 Kommunen den 33., die Stadt Düren den 60. Platz ein. Besonders bei den elektronischen Bürgerdiensten zeichnen sich die beiden Kommunen aus. Andere Kommunen haben im Kreis Düren noch großen Nachholbedarf. Der Kreis Düren belegt von den 31 Kreisen den 16. Rang. „Guter Service denkt von den Bürgerinnen und Bürgern her und nicht von der Verwaltungsstruktur. Sie erspart den Menschen den Gang zum Amt, wo immer das möglich ist,“ so Zentis. Weitere Infos auch unter: *http://gruene-fraktion-nrw.de/Onlinecheck* .

EL


Grafik: LM+

TTIP und CETA: Wer profitiert von den Freihandelsabkommen?

Versprechungen und Vorhersagen gibt es viele. Je nachdem, wen man fragt, fallen sie überwiegend positiv oder negativ aus. Aber wie realistisch sind sie? Das kann man am nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA überprüfen.

Freihandelsabkommen schaffen Wachstum und Wohlstand, weil sie Handelshemmnisse abbauen. So behaupten es zumindest ihre Befürworter. Seit 1994 ist das Freihandelsabkommen NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko in Kraft. Auch im Vorfeld dieses Abkommens gab es entsprechende Versprechen zur wirtschaftlichen Entwicklung in den beteiligten Ländern.

„Viele Leute glauben daran, dass unbegrenzte Mobilität und unbegrenzte Märkte einfach gut sind. Gute Ökonomen haben das nie getan.“ *

Die USA versprachen sich innerhalb von fünf Jahren bis zu einer Millionen neue Arbeitsplätze. Für Mexiko würde der Weg vom Entwicklungsland zum Industriestaat geebnet und die Armut reduziert. Kanada sollte von mehr ausländischen Investitionen profitieren und mit einer effizienteren, wissensbasierten Wirtschaft die Produktivitätslücke gegenüber der amerikanischen schließen. NAFTA wurde 1994 auch als Prototyp für zukünftige Freihandelsabkommen betrachtet. Es ist daher legitim, es als Prüfstein für CETA und TTIP zu betrachten. Diese oben genannten Versprechungen waren genau angepasst an die damaligen Defizite in der Wirtschaft der drei beteiligten Länder. Sie dienten in erster Linie dazu, Widerstände bei den politischen Entscheidern zu überwinden. Es überrascht daher kaum, wenn sich nach über 20 Jahren keines dieser Versprechen wirklich erfüllt hat. Hatte NAFTA dennoch positive Auswirkungen?

Insgesamt hat sich der Handel zwischen den drei Ländern nahezu verdreifacht. Kanada profitiert vom besseren Absatz seiner Landwirtschaftsprodukte, vor allem Fleisch. Die amerikanische Industrie investiert stark in Kanada und die kanadischen Öl- und Gasexporte sind stark gestiegen. In den USA ist das Bruttoinlandsprodukt durch NAFTA um ca. 0,5% gestiegen, sie profitieren vor allem von billigen Energieimporten aus Kanada und Mexiko sowie von den niedrigen Löhnen und damit den niedrigen Produktionskosten in Mexiko.

In Mexiko profitieren besonders die Grenzregionen zu den USA. Durch die fehlenden Handelsschranken sind sie ein interessanter Industriestandort geworden. Die mexikanische Handelsbilanz ist ausgeglichener, weil die Exporte stärker gestiegen sind als die Importe.

„Die Wachstumseffekte von Freihandel sind vergleichsweise klein, die Verteilungswirkungen aber sehr groß. In den Industrieländern schadet das den Ärmsten.“ *

Um diese Vorteile zu bewerten, lohnt sich ein Blick auf die Kehrseite dieser Medaille in den einzelnen Ländern: In Kanada wurden staatliche Umweltstandards unterlaufen. Dies geschah in erster Linie über die neu eingeführten Schiedsgerichte. Der Druck auf amerikanische Arbeitnehmer ist stark gestiegen. Das Durchschnittseinkommen ist seit 20 Jahren in allen drei Ländern nicht gestiegen. Das versprochene Jobwunder ist ausgeblieben. Je nach Sichtweise sind durch NAFTA sogar bis zu 700.000 Arbeitsplätze in den USA verloren gegangen. Das Einkommen der reichsten zehn Prozent der US-Amerikaner stieg jedoch im gleichen Zeitraum um 24 Prozent. Mexikos Kleinbauern können nicht mit den amerikanischen Agrarkonzernen konkurrieren müssen aufgeben und ihr Land an diese verkaufen. Die neu entstandene Industrie in der Grenzregion zu den USA ist nicht in der Lage genügend Ersatzarbeitsplätze zu bieten. NAFTA konnte die Armutsquote in Mexiko nicht senken. Studien zeigen sogar eine schlechtere Entwicklung als in anderen lateinamerikanischen Staaten.

Grafik: LM+

FAZIT:
Mit NAFTA wurden Mexiko und Kanada für die amerikanischen Konzerne auf der einen Seite zu billigen Energie- und Arbeitskräftelieferanten, auf der anderen bildeten sie die dringend benötigten Absatzmärkte, vor allem für Agrarprodukte.

Besondere Beachtung verdienen außerdem die mit NAFTA neu eingeführten Schiedsgerichte. Das nationale Recht wird hier einem parallelem Konzernrecht untergeordnet. Ausländische Konzerne können Regierungen vor ein privates Tribunal zwingen. Dadurch wird es ihnen ermöglicht, Gesetze zu verhindern. Es sei hier nur am Rande erwähnt, dass US-amerikanische Konzerne noch nie ein Schiedsgerichtsverfahren verloren haben.

Letztendlich zeigt das Beispiel NAFTA, dass vor allem große Konzerne von dieser Art Freihandelsabkommen profitieren. Sie gewinnen dadurch einen größeren Spielraum für eine Profit optimierung, ohne dass sich diese auch positiv auf die Arbeitnehmer und den Wohlstand des jeweiligen Landes ausgewirkt haben.

„ … das Handel automatisch gut für alle ist, stimmt einfach nicht.“ *

Die Versprechungen, die im Vorfeld gemacht wurden, haben sich jedoch nicht erfüllt. Im Gegenteil: Viele der Befürchtungen der NAFTA Gegner sind eingetreten. Abkommen wie TTIP und CETA, die sich nicht grundsätzlich von NAFTA unterscheiden, sind daher abzulehnen.

MB

* Joseph Stiglitz; Nobelpreis für Wirtschaft 2001

Der Jülicher Einzelhandel: Ist das Internet an allem Schuld?

Sicherlich ist der Konkurrenzdruck durch den Onlinehandel gewachsen. Die Kunden haben heute eben nicht nur in größeren Städten die Wahl zwischen mehreren Anbietern.

Foto: B90DG

Jülich • Ladenleerstände und Geschäftsaufgaben in der Jülicher Innenstadt - dem Jülicher Einzelhandel scheint es nicht gut zu gehen. Aus den Reihen der Jülicher Werbegemeinschaft und des Stadtmarketing e.V. hört man oft genug, dass der Onlinehandel eine wesentliche Ursache für diese Misere sei und den lokalen Einzelhandel in den Ruin treibe.

Die Einzelhandelskennziffern der Industrie und Handelskammer Aachen zeichnen jedoch ein etwas anderes Bild. Jülich gehört zusammen mit Langerwehe und Titz zu den Orten im Kreis Düren mit der größten Kaufkraft pro Einwohner. Diese Kaufkraft wird im wesentlichen auch in Jülich umgesetzt, das verrät die sogenannte Einzelhandelszentralität von fast 100 Prozent. Auch der Einzelhandelsumsatz ist der zweithöchste im Kreis Düren.

Ganz so einfach kann man es sich also mit der Begründung der Krise im Jülicher Einzelhandel nicht machen. Individuelle Probleme scheinen doch eine größere Rolle zu spielen als oft behauptet.

Sicherlich ist der Konkurrenzdruck durch den Onlinehandel gewachsen. Die Kunden haben heute eben nicht nur in größeren Städten die Wahl zwischen mehreren Anbietern. Sie können sich überall den Anbieter aussuchen, der ihre Bedürfnisse am Besten erfüllt. Sie müssen also nicht mehr den einzigen Anbieter vor Ort nutzen, egal, wie gut oder schlecht der Service, wie freundlich oder unfreundlich die Bedienung oder wie groß oder klein die Auswahl ist.

Wenn in Innenstädten neue große Einkaufszentren entstehen wie zuletzt in Aachen, dann sind neben großen Elektronikmärkten hauptsächlich Modegeschäfte die Kundenmagneten. Wenn also auf der anderen Seite gerade ein alteingesessenes Modegeschäft in Jülich die Tore schließen muss, dann kann dies nicht nur am Onlinehandel liegen.

Auch der Preis spielt nicht immer die Rolle, die ihm oft zugesprochen wird. Viele Kunden sind durchaus bereit, für kompetente Beratung und einen guten Service vor Ort auch etwas mehr zu bezahlen. Die Kunden müssen diesen Vorteil allerdings auch selbst spüren.

Die Einzelhändler könnten den Onlinehandel auch zu ihrem Vorteil nutzen. Warum bestellen sie das Produkt, das sie nicht vorrätig haben, nicht selber für den Kunden im Internet?

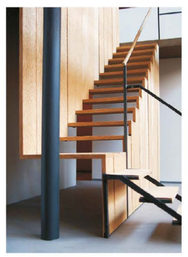
Eine Bestellung im Internet wird heute nach ein bis zwei Tagen geliefert und kann ohne Begründung kostenlos zurück geschickt werden. Wenn dagegen die Bestellung eines Artikels bei einem Einzelhändler bis zu einer Woche dauert und dann auch noch eine Anzahlung gefordert wird, damit man wiederkommt, um den Artikel abzuholen, schreckt das die Kunden eher ab anstatt sie zu binden.

Die Einzelhändler könnten den Onlinehandel auch zu ihrem Vorteil nutzen. Warum bestellen sie das Produkt, das sie nicht vorrätig haben, nicht selber für den Kunden im Internet? Lieferung nach zwei Tagen, keine Abnahmepflicht für den Kunden, aber auch kaum ein Risiko für den Händler wegen der kostenlosen Rückgabemöglichkeit! Im Buchhandel funktioniert das schon seit Jahrzehnten und Dank der großen Internethändler ist das jetzt auch bei fast allen anderen Branchen möglich.

Auch die Ladenleerstände in Jülich sind nicht nur der Krise des Einzelhandels geschuldet. In einigen Fällen fehlt auch einfach der Wille des Eigentümers, die Ladenfläche überhaupt oder zu bezahlbaren Preisen zu vermieten. Bei den Gründen spielt sicher auch die Altersstruktur der Besitzer in der Jülicher Innenstadt eine Rolle. Irgendwann möchte man seine Ruhe haben und sich nicht mehr um „lästige“ Mieter kümmern müssen. Dieses Problem könnte man durch eine städtische Servicegesellschaft lösen, die die Vermietung von Ladenflächen sowie die späteren Kontakte mit dem Mieter übernimmt. Also eine Art „Hausverwaltung“. Um die Seriosität zu gewährleisten, sollte die Stadt mindestens mehrheitlich an der Gesellschaft beteiligt sein.

LB

ANZEIGE



möbel
einrichtung
kunst-
handwerk

inspiriert von
bedürfnissen und phantasie

derWerkstall

thomas jumpertz
alte dorfstrasse 160_52428 jülich-broich
tel: 015776463097_www.derWerkstall.de

ANZEIGE

Aus Rat und Ausschüssen

Grüne fordern mehr Generationengerechtigkeit im Haushalt

In seltener Eintracht stimmten alle Fraktionen dem diesjährigen Haushalt zu und sehen ihre wesentlichen Ziele im Haushalt umgesetzt. Dies ist angesichts der kaum noch vorhandenen Spielräume innerhalb des Haushaltssicherungskonzeptes schon bemerkenswert.

Jülich • Einige, wie die CDU, reklamieren sogar eine prägende Wirkung über die letzten Jahre für sich. Bedeutet dies aber nicht umgekehrt, dass sie auch das Defizit und den drohenden Sparkommissar mit zu verantworten haben? Diesen haben CDU und UWG JÜL offensichtlich bereits eingeplant, wenn sie in ihren Haushaltsreden vom möglichen Sparkommissar und somit einem handlungsunfähigen Rat sprechen. Ihr erklärtes Ziel war es, die Bürgerhallen dem Zugriff des Sparkommissars zu entziehen. Von sparen und Defizit abbauen war keine Rede. Die Grünen gehen gezielt in die andere Richtung. Verantwortlichkeiten auf Bürgerinnen und Bürger übertragen, wo dies möglich ist, sparen und mehr Einnahmen generieren. So ist es unverständlich, dass mögliche Mehreinnahmen von 250.000 Euro mit den Worten „dies sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein“ vom Fraktionsvorsitzenden der CDU abgetan und der Antrag abgelehnt wurde. Allein die SPD scheint den Grünen zumindest teilweise noch folgen zu wollen. Jülich habe entgegen dem Landestrend Einwohnerzuwachs zu verzeichnen, weil es eine lebens- und liebenswerte Stadt sei, so Harald Garding, Fraktionsvorsitzender der SPD. Damit dies so bleibt, sieht er nicht nur die anderen, sondern auch Jülich selbst in der Pflicht. Kürzungen sollten nur dort vorgenommen werden, wo sie vertretbar seien. Dazu zählen für die SPD wie auch für die Grünen die Bürgerhallen und die Feuerwehr.

Alle Fraktionen haben auch einträchtig mit dem Finger auf „die Anderen“ gezeigt, die schuld seien, dass es Jülich so schlecht ginge. Hierzu Jürgen Laufs, Grüner Fraktionsvorsitzender, in seiner Haushaltsrede: „Wir zeigen mit dem Finger nach Düren zum Kreis, nach Düsseldorf zum Land und nach Berlin zum Bund. Die sind schuld an der finanziellen Lage hier bei uns. Eben am HSK. Zeige ich jedoch mit einem Finger auf andere, zeigen dummerweise drei Finger auf mich zurück!“

Die Stadt Jülich muss es selber schaffen und kann sich nicht auf andere verlassen. Hierzu Laufs:“ Oftmals hört man in diesem Ratssaal den Satz: „Wer bestellt, der soll auch bezahlen. “ Das hat aber nicht nur zwischen den Gebietskörperschaften zu gelten, sondern auch zwischen den Generationen. Für das, was wir heute haben wollen, müssen wir auch heute, eben jetzt und hier, das Geld zu Verfügung stellen. Wir können nicht weiterhin über die eigenen Verhältnisse leben und der nachfolgenden Generation ein Schuldenberg hinterlassen. Das, was wir brauchen, sind nachhaltige Haushaltsfinanzen mit einer Schuldenbremse, z. B. einen Generationenbeitrag.“

Die Realität sieht jedoch anders aus. Planungssicherheit über fünf Jahre für den Brückenkopfpark. Das bedeutet im Haushalt 3 Millionen Euro über fünf Jahre.

Also weiter so, könnte man meinen, nein! Mit ihrem „JA“ zum Haushalt verbinden die Grünen gleichzeitig auch Forderungen:

- ein schnelles Vorgehen in den Arbeitskreisen, Stichwort Runde Tische,
- wirkliche Sparsamkeit und Einnahmesteigerung um das Defizit abzubauen,
- rechtzeitige Einbringung eines Haushaltsplans, möglichst im vorausgehenden Jahr, wie es in der Gemeindeordnung gefordert wird,
- einen Doppelhaushalt 2017/18
- zügige Bearbeitung und Prüfung der Haushaltsabschlüsse mit Konzernabschlüssen

Sie setzen mit Anträgen zu den Punkten Klimaschutz, Umweltschutz und Finanzen, Prioritäten für die folgenden Jahre und Generationen.

Die ganze Haushaltsrede kann unter *www.gruene-juelich.de* eingesehen werden.

JL

Neue Worte und neue Wege in Jülich: „Intracting“ wird geprüft

Eingespartes Geld nicht nur zur Schuldentilgung, sondern auch für neue Sparmaßnahmen verwenden und damit die Einsparungen vergrößern: „Intracting“, so heißt das Zauberwort. Dieses Wort und die dahinter stehende Idee mussten auch dem Ausschuss und den Ratsmitgliedern mehrfach erklärt werden.

Die Grüne Fraktion hat für den Haushalt 2016 den Antrag gestellt, Intracting in Jülich einzuführen. Als Beispiel wurde die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf energiesparende LED-Technologie genannt. Die eingesparten 90.000 Euro Energiekosten pro Jahr investiert man im kommenden Jahr für weitere Energiesparmaßnahmen (Beispielsweise weitere LED Straßenleuchten), um damit erneut Geld zu sparen. Also Intracting in Jülich als Sparmaßnahmen für die Umwelt und das Klima. Die Verwaltung prüft die Einführung für das Jahr 2017 hat aber schon signalisiert, dass sie diesem Vorschlag im Prinzip folgen kann.

JL

School & Fun-Ticket erneut abgelehnt

Der Versuch, das School & Fun Ticket für Schüler der Sekundarstufe I und II in Jülich einzuführen, ist im Haupt- und Finanzausschuss erneut gescheitert. Die Vertreter aller anderen Fraktionen lehnten den Antrag der Grünen ab.

Mit diesem Nahverkehrsticket können die Schüler kostenlos an allen Tagen rund um die Uhr das gesamte Nahverkehrsnetz des AVV benutzen. Schüler mit kostenloser Schülerbeförderung erhalten dieses Ticket für 12 Euro, alle anderen bekommen es für 27 Euro. Für Geschwisterkinder und Hartz IV-Empfänger können die Kosten ermäßigt bzw. ganz erlassen werden.

Da eine SPD-Mitgliederversammlung, auf Antrag der Jungsozialisten, bereits die Einführung beschlossen hatte, bestand bei den Grünen die Hoffnung, für den Antrag dieses Mal eine Mehrheit zu finden. Diese Hoffnung war leider vergeblich. Das Ticket könne wegen der schlechten Nahverkehrsanbindung in den Ortsteilen gar nicht genutzt werden hieß es. Dieses Argument überrascht, weil bei den Beratungen zum kürzlich beschlossenen Nahverkehrsplan für den Kreis Düren außer den Grünen keine der anderen Fraktionen Verbesserungsvorschläge gemacht hat. Bezüglich ihres Mitgliederbeschlusses erklärten die Vertreter der SPD, dass hier im Ausschuss ja schließlich die Fraktion säße und nicht die Partei. Damit bleibt es bei der Ungleichbehandlung der Schüler in Jülich, denn die Schüler des Berufskollegs können das Ticket bekommen, weil hier der Kreis Düren Schulträger ist.

LB

Mehr Geld für Baumpflanzungen

Bäume sind die grüne Lunge der Stadt. Die Schäden durch den Sturm ELA sind noch immer nicht alle durch Neuanpflanzungen beseitigt worden. Die Grüne Fraktion hat daher für den Haushalt 2016 der Stadt Jülich den Antrag gestellt, die vorhandenen Mittel für Baumpflanzungen um 50% zu erhöhen. Die anderen Ratsmitglieder und die Verwaltung sind diesem Antrag gefolgt. Ein kleiner Erfolg für mehr Grün in Jülich, aber bei Weitem noch nicht genug. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann eine Baumpatenschaft übernehmen und sich hierzu an die Verwaltung wenden. Mit kleinem Geld kann man somit etwas für Jülich erreichen, vielleicht auch als Geburtstagsgeschenk.

JL

Grafik: LM+

Tradition in Kirchberg

Erweiterungspläne von Eichhorn in Jülich-Kirchberg

Jülich • Ein Unternehmen will wachsen und Arbeitsplätze sichern - so kann man das Ansinnen der Firma Eichhorn in Kirchberg zusammenfassen. Schon im Jahr 2010 hat das Unternehmen einen Bauantrag gestellt, um auf dem alten Werksgelände eine neue Lagerhalle zu errichten. Dieser Antrag hat bisher keine Rechtsgültigkeit erlangt, da der Rat der Stadt Jülich ihn bisher nicht auf der Tagesordnung hatte.

Nun liegt ein neuer Bauantrag vor mit dem Ziel, auf einer Fläche, die bisher als Ackerfläche genutzt, zwischenzeitlich von der Firma Eichhorn gekauft wurde und nahe am FFH (Fauna Flora Habitat Gebiet – Europäisches Naturschutzgebiet) liegt, ein Lager und eine Produktionsstätte neu zu bauen. Hierzu gab es eine vorzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sowie der Bevölkerung mit weit über 150 Eingaben und Anregungen. Um diese zu werten und zu berücksichtigen bzw. zu entkräften, wurden vielfältige Gutachten in Auftrag gegeben. In der Bevölkerung regt sich Widerstand vor allem gegen die Höhe der Bebauung von 35 Metern (eine erste Planung ging sogar von 40 Meter aus), eine Brücke über der Hauptstraße (Tunnelbau scheint zu teuer und bautechnisch nicht möglich) und die Nähe zum angesprochenen FFH Gebiet. Auch müssten weitere Ausgleichsflächen getauscht, eine Flächennutzungsplanänderung durchgeführt und die Abwägung der Eingaben erfolgen.

Dieses Vorgehen ist bei jedem größeren Bauprojekt gesetzlich vorgeschrieben und üblich. Der Firmenleitung scheint es jedoch nicht schnell genug zu gehen, so dass nun mit dem Wegzug des gesamten Unternehmens gedroht wurde. Andererseits wurde der 2010 gestellte Bauantrag immer noch nicht zurückgezogen und bleibt daher als Option bestehen. Eine weitergehende Kompromissbereitschaft über die Reduzierung der Bauhöhe von 40 auf 35 Meter hinaus, wie sie sowohl die Bürgerinitiative Kirchberg als auch die Grünen in Jülich fordern, scheint es bei der Firmenleitung nicht zu geben.

Die Grünen sind der Überzeugung, dass man weitreichendere Auflagen im Verfahren anstreben muss. Auch die Firma Eichhorn bestreitet nicht, dass in Kirchberg die ortsübliche Bauhöhe 12 Meter beträgt. Um einer möglichen Baugenehmigung nicht entgegen zustehen und der traditionellen ortsüblichen Bebauung zu entsprechen, sollte die Bauhöhe noch einmal überdacht, der Brückenbau nach Möglichkeit umgangen und die Natur- und Umweltbelange hinreichend berücksichtigt werden. Es muss möglich sein, eine Firmenerweiterung zu bewerkstelligen, die der Kirchberger Bevölkerung und den Zielen des Unternehmens gleichermaßen gerecht wird.

JL

Offenlegung des Eichhorn-Bebauungsplanes

Der Entwurf des Bebauungsplans mit Begründung und Textfestsetzung sowie die nach Einschätzung der Stadt Jülich wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen liegen in der Zeit vom 24.08.2016 bis 26.09.2016 einschließlich bei der Stadtverwaltung Jülich, Große Rurstraße 17, Zimmer 211 (II. Obergeschoss im Nebengebäude Kartäuserstraße) während der Dienststunden

montags bis freitags
von 8.30 - 12.00 Uhr
montags bis mittwochs
von 14.00 - 15.30 Uhr
donnerstags von
14.00 - 16.30 Uhr
zur Einsicht öffentlich aus.

Innerhalb dieser Auslegungsfrist können Stellungnahmen bei der Stadtverwaltung Jülich schriftlich vorgebracht oder zur Niederschrift erklärt werden. Darüber hinaus können Stellungnahmen auch per Post (Stadtverwaltung Jülich, Postfach 12 20, 52411 Jülich), Fax (02461/63-362) oder E-Mail (info@juelich.de) bei der Stadtverwaltung Jülich eingereicht werden. Nutzen Sie diese Möglichkeit, um sich über das Vorhaben zu informieren und eine persönliche Stellungnahme abzugeben.

Fauler Kompoiss:

Das im Juni beschlossene Fracking-Gesetzespaket des Deutschen Bundestages

Jülich • „Die Verabschiedung des Fracking-Gesetzes ist ein fataler Schritt in die falsche Richtung— es ist ein Pro-Fracking-Gesetz. Umweltverbände und Bürgerinitiativen fordern seit Jahren ein ausnahmsloses Fracking-Verbot. Die Große Koalition hat versäumt, ein umfassendes gesetzliches Fracking-Verbot zu etablieren“, sagt Marita Boslar. Fracking in Schiefer-, Ton-, Mergel und Kohleflözgestein ist zwar faktisch verboten, jedoch sind in diesen Gesteinsformationen mit Zustimmung der jeweiligen Bundesländer Probebohrungen möglich. Damit wird die Auseinandersetzung jetzt in die Regionen und Kommunen verlagert. Dieses Verbot soll aber schon 2021 durch den Deutschen Bundestag überprüft werden. Das Fracking im Sandstein, das sogenannte „Tight-Gas-Fracking“, ist jedoch explizit erlaubt. Marita Boslar: „Selbst in Natura-2000-Gebieten ist dies möglich! Diese grenzen unmittelbar an Naturschutzgebiete und Nationalparks.“ Das Gesetz regelt eine begleitende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unter Einbeziehung der Wasserbehörden. Für das Genehmigungsverfahren ist jedoch nicht die Umweltbehörde, sondern die Bergbehörde zuständig!

Marita Boslar: „Das Bundesberggesetz müsste reformiert werden, da die Rohstoffgewinnung dort weiterhin Vorzug vor öffentlichen Interessen hat.“ Der Kunstbegriff „konventionelles Fracking“ suggeriert, dass dieses Fracking weniger gefährlich ist. Dort, wo „konventionell gefrackt“ wird, gibt es Erdbeben, Grundwasser- und Bodenverunreinigungen sowie eine erhöhte Zahl von Krebserkrankungen. Fällt bei jeder Bohrung giftiger Bohrschlamm an, der auf Sondermüll deponien gelagert werden muss.

Fracking ist keine „Brückentechnologie“

Das Erdgas, das mit Fracking gewonnen wird, ist keine „Brückentechnologie“, wie oft fälschlicherweise behauptet wird. Wir müssen weg von den fossilen Energieträgern wie Öl, Gas und Kohle, um die klimaschädlichen Emissionen zu drosseln und verstärkt auf erneuerbare Energien setzen. Fracking ist mehrfach klimaschädlich: Schon während der Förderung kann aus der Verrohrung Methan austreten. Das Treibhausgas ist 25 -mal klimaschädlicher als Kohlendioxid.

Auch die Region um Jülich ist betroffen

Für das sogenannte Aufsuchungsfeld „Rheinland“ hat die Bezirksregierung Arnsberg bis Anfang August 2016 eine Aufsuchungserlaubnis von Kohlenwasserstoffen (Erdgas) zu gewerblichen Zwecken an die Firma Wintershall (Tochtergesellschaft des Chemiegiganten BASF) erteilt. Kurz vor Ablauf der Erlaubnis hat Wintershall erneut einen Antrag auf Verlängerung für drei Jahre gestellt. Auch Jülich liegt in diesem Feld. Anfang März diesen Jahres haben die Jülicher Grünen bei der Bezirksregierung Arnsberg einen Antrag nach Umweltinformationsgesetz (UIG) für dieses Feld gestellt, um in die Unterlagen einzusehen.

Marita Boslar: „Was uns da zugesandt wurde, ist eine Frechheit und hat kaum Informationsgehalt – sogar ganze Seiten waren geschwärzt. Wir haben natürlich Widerspruch bei der Bezirksregierung eingelegt!“

Es steht zu befürchten, dass nach der Landschaftszerstörung durch den Braunkohletagebau demnächst die Umweltzerstörung durch das Fracking folgen wird.

Gefahren des Frackings

Beim Fracking wird eine Mischung aus Wasser, Sand und Chemikalien in großen Mengen, unter starkem Druck in den Boden gepresst, um Erdöl und Erdgas aus tiefen Gesteinsschichten zu lösen. Diese Flüssigkeiten („Fracfluide“) enthalten oft giftige Substanzen. Die Fördermethode kann Erdbeben auslösen sowie Gewässer und Böden verunreinigen. Die Verrohrung der Bohrlöcher kann undicht werden und so können die gefährlichen Substanzen in den Boden oder in grundwasserführende Schichten gelangen. Beim Frackvorgang werden außerdem sehr große Mengen Wasser benötigt. In den USA und Kanada wird Fracking seit Jahren angewandt. Erdbeben und Grundwasservergiftungen sind dort in den Abbaugebieten keine Seltenheit.

MB

Mehr als nur Jungpolitiker*innen

Auch wenn ich noch nicht lange bei der GJ bin, fühle ich mich hier schon richtig gut aufgehoben.

Jülich • Es war mein erstes Aktiventreffen bei der Grünen Jugend (GJ) Düren, ich öffnete die Tür zum Kreisbüro. Ein paar fremde Gesichter drehen sich zu mir um und begrüßen mich freundlich. Ein Mädchen kommt grinsend auf mich zu und stellt sich als Isa vor. Ich setze mich neben sie. Obwohl ich fünf Minuten zu spät bin, scheint hier noch nichts begonnen zu haben. Isa erklärt mir, dass das hier so üblich ist und eigentlich alle immer ein wenig zu spät kommen. Während wir warten, schweift mein Blick durch den Raum – man merkt, dass ich hier in einem grünen Büro bin, Pflanzen auf den Fensterbänken und grüne Plakate an der Wand. Auf dem Tisch stehen Kekse, Cola und Limo.

Es trudeln noch ein paar weitere Leute in meinem Alter ein und setzen sich alle gemeinsam an den großen Tisch. Ein anderes Mädchen begrüßt alle in der Runde – und mich persönlich. Dann scheint's hier mit einer Vorstellungsrunde los zu gehen. Alle nennen ihren Namen und ein bisschen Privates. Ich sage nur meinen Namen und dass ich neu bin. Bisher wirkt mir die Runde insgesamt ziemlich locker.

Dann geht's los Isa erklärt mir, dass wir eine sogenannte Tagesordnung haben, auf der festgelegt ist, was in welcher Reihenfolge besprochen wird. Jede*r kann die Tagesordnung im Vorfeld online mit gestalten.

Als erstes geht es um das Event "Vettweiß gegen Rechts". Die GJ möchte zusammen dorthin fahren und die Aktion unterstützen. Es wird besprochen, ob GJ-eigene Festival-Bändchen mitgenommen und dort verteilt werden sollen.

Zweites Thema ist eine Demo gegen irgendwas, was ich nicht verstehe. Nach kurzer Nachfrage erklärt Isa mir, dass es um das marode Atomkraftwerk Tihange in Belgien geht. Auch hier fahren alle zusammen hin – diesmal habe auch ich an dem Termin Zeit und bekomme sogar angeboten, zuhause abgeholt zu werden.

Nach vielen weiteren Punkten steht nur noch das „Transpi-Malen" für Tihange-Demo zum Abschluss an. Es werden Sprüche gesucht, die mit großen Buchstaben auf die Transparente geschrieben werden. Nach längerer Diskussion traue ich mich auch endlich und schlage „Schützt uns – nicht die Atomkraft" vor und alle sind begeistert.

So langsam ist es schon spät – die meisten sind schon gegangen und auch ich muss jetzt weg.

Auch wenn ich noch nicht lange bei der GJ bin, fühle ich mich hier schon richtig gut aufgehoben. Ich habe nicht nur eine Möglichkeit gefunden, mich politisch zu engagieren, sondern auch wirklich neue Freund*innen. Daher kann ich wirklich nur allen ans Herz legen, mal bei uns vorbei zu schauen! Am besten kurz auf Facebook unter „Grüne Jugend Düren" oder per Mail nach den nächsten Terminen fragen: kontakt@gjdn.de .

Michael Groß

ANZEIGE

Politik für eine bessere Zukunft

In der letzten Woche vor der Sommerpause hat die große Koalition in Berlin es wieder geschafft, unsere Zukunft, die Zukunft der jungen Leute, zu verbauen. Es wurde die jüngste Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beschlossen. Wobei es mehr einer Abschaffung als einer Überarbeitung gleicht. Damit werden nicht nur die Energiewende in ihrem Wachstum abrupt ausgebremst und Bürgergenossenschaften vom Markt ausgeschlossen, sondern auch hunderttausende Arbeitsplätze in diesem Sektor gefährdet. Als junge Politikerin strebe ich eine nachhaltigere Politik an, von der auch zukünftige Generationen profitieren. Wir brauchen dringend mehr erneuerbare Energien, damit unsere Kinder keine Angst vor den langfristigen Auswirkungen von Atom- und Kohlekraft haben müssen. Daher fordern wir GRÜNE einen schnellen, strukturierten Kohleausstieg hin zu erneuerbaren Energien. Dabei muss die Bundesregierung für faire Preise sorgen und nicht die Industrie noch stärker von der EEG-Umlage befreien und die Privatkunden die Zeche zahlen lassen.

Für eine bessere Zukunft ist es auch wichtig, dass wir uns an die Vergangenheit erinnern und das Feld nicht Rechtspopulist*innen oder sogenannten „besorgten Bürgern" überlassen und tagtäglich für Demokratie und Menschlichkeit einstehen. Ich bin dankbar, in einem demokratischen, wirtschaftlich stabilen Europa zu leben, das seit vielen Jahrzehnten in Frieden lebt. Nicht jede*r auf der Welt hat dieses Privileg, daher liegt es in unserer Verantwortung, Geflüchteten Asyl zu gewähren.

Mein Name ist Isabel Elsner, ich bin 20 Jahre alt und studiere an der Universität zu Köln Lehramt für die Fächer Praktische Philosophie und Sozialwissenschaften. Ich bin Ihre Kandidatin der Grünen für die Landtagswahl im Mai 2017! Für Fragen und Diskussionen stehe ich Ihnen jederzeit per Mail (buero@isabel-elsner.de) und über Facebook zur Verfügung.

Isabel Elsner

Feminismus im 21. Jahrhundert

Feminismus steht für die Ablehnung der systematischen gesellschaftlichen Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen. Was kann Mann tun, um Frau auf ihrem Weg zur Gleichberechtigung und Gleichbehandlung zu unterstützen?

Immer wieder werde ich gefragt: „Bist du Feminist?" Was antworte ich als Mann auf eine solche Frage? Wenn ich sage „Ja, ich bin Feminist", besteht die Gefahr, dass ich auf eine Stufe mit den marktschreierischen Lautsprechern der Feminismusbewegung gestellt werde. Verneine ich allerdings die Frage, muss ich mir womöglich sagen lassen, dass mir die Ungleichbehandlung und Unterdrückung von Frauen egal ist. Schuld an diesem Dilemma sind wir Menschen zum größten Teil selbst. Wir erfinden Begriffe, um Menschen kategorisieren zu können. Das mag in einem gewissen Rahmen passend sein, hat aber in den vergangenen Jahrzehnten extreme Ausmaße angenommen. Alleine wie viele Begriffe es für die sexuelle Orientierung gibt. Heterosexuell, homosexuell, bisexuell, asexuell, polysexuell usw. Im Endeffekt birgt diese Kategorisierung nur eine Gefahr der Stigmatisierung und Vorverurteilung.

Allerdings sind viele Begriffe auch nicht eindeutig bzw. mehrere Begriffe beinhalten das gleiche oder haben Schnittmengen. Wenn ich also für die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Menschen, gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bin. Was bin ich dann? Feminist? Humanist? Egalitarist? Das Problem ist das Schwarz/Weiß-Denken vieler Menschen. Sie glauben, ein Mensch könne nur das eine oder das andere sein. Die Sowohl-als-auch-Sichtweise liegt vielen Menschen fern. Aber genau diese ineinander verwobenen, miteinander zusammenhängenden Denkweisen machen uns Menschen aus. So lässt sich ein Teil meiner Weltanschauung mit dem Begriff Feminist sehr gut beschreiben. Die Antwort auf die zu Anfang gestellte Frage lautet also: „Ja, ich bin ein Feminist."

Foto: The U.S. National Archives / Bearbeitung: la mechky+

Feminismus steht für die Ablehnung der systematischen gesellschaftlichen Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen. Was kann Mann tun, um Frau auf ihrem Weg zur Gleichberechtigung und Gleichbehandlung zu unterstützen? Der Zuspruch in einem konkreten Fall. Vor ein paar Jahren ließ sich eine junge Frau von ihrem Mann zehn Stunden lang filmen, wie sie durch New York ging und von Männern belästigt und sexistisch beleidigt wurde. Das auf zehn Minuten gekürzte Video zeigt auf eindrucksvolle Weise, welchen vor allem psychischen Angriffen Frauen in der Öffentlichkeit ausgesetzt sind. Allerdings werden die „Taten" in dem Video nur gezeigt. Es wird verpasst, sich aktiv dagegen zu stellen. Denn nur das ist die richtige Antwort auf Unterdrückung und Erniedrigung: Direkte Konfrontation der Beteiligten und ein Aufzeigen der Grenzen. Wenn Grenzüberschreitungen nicht benannt und in der Praxis klar umgesetzt werden, wenn keine direkte Bestrafung auf das Überschreiten der Grenzen erfolgt, dient dies einigen Menschen als Zustimmung für ihr Handeln und ermutigt sie zum Weitermachen. Eine Selbstreflexion und ein kritisches Hinterfragen der eigenen Aktionen sind aufgrund eines Videos im Internet nicht zu erwarten. Es ist auch im Interesse der Männer, Aggressoren des eigenen Geschlechts in die Schranken zu weisen und auf einem respektvollen Umgang miteinander zu bestehen.

Nach der Bundespräsidentenwahl in Österreich stolperte ich über einen Artikel, der sich mit den Wählern von rechtspopulistischen Parteien beschäftigte. Die Ergebnisse sind auch auf Deutschland übertragbar. Die Überschrift des Artikels war reißerisch: „Wie der Feminismus den Weg der Rechten ebnet!" Was sich im ersten Moment wie blanker Unsinn anhört, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als sehr komplexes Thema. Betrachtet wurden in dem Artikel sowohl das Alter als auch das Geschlecht der Wähler. In den meisten Altersgruppen ist kein großer Unterschied zwischen Männern und Frauen erkennbar. Tendenziell wählen etwas mehr Männer als Frauen rechtspopulistische Parteien, aber mehr als 60 zu 40 zugunsten der Männer fällt es nicht aus. Mit einer Ausnahme: Bei den unter 30-Jährigen geht der Ausschlag deutlich in Richtung Männer. Vor allem vom Bildungswesen nicht erreichte Männer scheinen sich von Rechtspopulisten angezogen und verstanden zu fühlen. Sie schauen mit Grauen auf alternative Familienmodelle und fühlen sich von Frauen mit eigener Meinung und eigenen Ambitionen überfordert. Ihre Männlichkeit steht auf dem Spiel und sie drohen die Bedeutungshoheit in der Familie und im Beruf zu verlieren. Da kommen die Rechten mit ihrem konservativen Familienbild genau richtig. Bedeutet das folglich, der Feminismus muss abgeschafft werden, damit die Rechten nicht noch mehr erstarken? Nein, ganz im Gegenteil. Ein energisches Entgegentreten und Aufzeigen der Grenzen, wie oben bereits beschrieben, ist auch in diesem Fall das richtige Mittel. Statt des konservativen Stillstandes, oder eines alternativen Rückschritts in ein historisch veraltetes Familienbild, liegt es an uns künftig ein selbstbestimmtes, zukunftszugewandtes Weltbild zu verfolgen. Dies sollte jedem die Möglichkeit geben, Seine / Ihre Rolle flexibel selbst zu bestimmen ohne gesellschaftlich vorgeschriebenen Dogmen folgen zu müssen.

SbS

Bundesregierung würgt erneuerbare Energien ab

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist eine Erfolgsgeschichte: Seit dem Jahr 2000 ist der Anteil von Sonne, Wind und Biomasse an der Stromerzeugung von 4 auf über 33% gestiegen – ein noch vor wenigen Jahren unvorstellbarer Anteil.

Wo früher Energiekonzerne mit Kohle und Atomkraftwerkenden Markt beherrschten, sind es heute Millionen Solaranlagen auf privaten Hausdächern und tausende Windenergieanlagen, betrieben von Bürgergenossenschaften und Stadtwerken wie zum Beispiel in Düren-Echtz. Um das alte Geschäftsmodell von RWE & Co. Noch ein bisschen über die Zeit zu retten, will die Bundesregierung aber jetzt den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv ausbremsen. Bei der Solarenergie liegen wir schon seit 2012 weit unter den Zielvorgaben. Seit 2014 wird auch praktisch keine neue Biogasanlage in Deutschland mehr gebaut. Zehntausende Arbeitsplätze in diesen Branchen, auch in unserer Region, gingen schon verloren.

Bürokratische Ausschreibungen

Und jetzt wollen Sigmar Gabriel und die Große Koalition auch den Ausbau der bisher noch erfolgreichen Windenergie auf praktisch Null reduzieren.

Mit bürokratischen Ausschreibungen sollen Bürger*innen und Landwirt*innen, Stadtwerke und mittelständische Unternehmen zugunsten von Konzernen aus dem Markt gedrängt werden. Das ist verrückt vor dem Hintergrund der schlimmen Unwetter der letzten Wochen als Folge der Klimakrise und dem Klimaabkommen von Paris: Demnach bräuchten wir viel mehr statt weniger erneuerbare Energien, wenn wir die Klimaschutzziele erreichen wollen.
Auch global ist Deutschland längst kein Vorreiter mehr: Überall, besonders in China und den USA, steigen die Investitionen in Erneuerbare Energien an, nur in Deutschland gehen sie zurück.
Dank der Politik der Bundesregierung verspielt unser Land die Technologieführerschaft in einer Zukunftsbranche. Dieser fuer das Klima und die Wirtschaft schädlichen Politik widersetzen Grüne sich mit aller Kraft.

Oliver Krischer, MdB

Termine

Laubsammelaktion am Rurdamm Jülich • Nach dem Erfolg im letzten Jahr findet auch in diesem Jahr wieder einen Laubsammelaktion am Jülicher Rurdamm statt. Ziel ist es den Miniermottenbefall der Kastanien zu reduzieren, denn die Mottenlarven überwintern im Laub. Termin ist Samstag, der 5. November von 10 bis 14 Uhr. Treffpunkt ist an der Rurbrücke gegenüber der ESSO-Tankstelle. Rückfragen an Emily Willkomm-Laufs (emilat@gmx.de)

Erneut Demo gegen CETA & TTIP! Köln • Im Herbst 2015 protestierten eine Viertelmillion Menschen in Berlin und im April 2016 90.000 Menschen gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Ein bundesweiter Trägerkreis aus 26 Organisationen ruft nun erneut zu sieben bundesweiten Großdemonstrationen gegen TTIP und CETA am Samstag, den 17. September 2016, unter anderem in Köln auf. Auftakt ist um 12 Uhr an der Deutzer Werft. Weitere Infos unter www.ttip-demo.de

ANZEIGE

Rezepte

Flammkuchen

Ein einfaches Rezept, das sich sehr schnell zubereiten lässt, weil der Teig ohne Hefe auskommt. Für vier Flammkuchen.

Für den Teig: 400g Mehl / 1 ½ TL Salz / 4-5 EL Olivenöl / ca. 200ml Buttermilch

Alle Zutaten zu einem glatten Teig verkneten. Wenn der Teig zu trocken ist einfach etwas mehr Buttermilch zugeben. Den Teig in Folie einpacken und ca. ½ Stunde im Kühlschrank ruhen lassen.

Für den Belag: 2 Becher Schmand / 200g gewürfelten mageren Speck / 6 - 8 mittelgroße rote Zwiebeln / Pfeffer / Muskat

Den Schmand mit Pfeffer und Muskat würzen und glatt rühren. Die Zwiebeln schälen, vierteln und in dünne Ringe schneiden.
Den Teig in vier etwa gleich große Stücke teilen. Jede Portion auf Backpapier sehr dünn (ca. 2-3 mm) ausrollen. Ein Teigstück hat dann etwa die Größe einer kleinen Pizza. Mit Schmand bestreichen und mit Speck und Zwiebeln belegen. Backofen auf 200°C - 220° C vorheizen und jeden Flammkuchen ca. 15 Minuten backen. Dabei das Backblech mit vorheizen. Wer die Zwiebeln lieber „durch" mag, sollte sie vorher zusammen mit dem Speck kurz in der Pfanne anschwitzen. Beim Belag sind natürlich der Phantasie keine Grenzen gesetzt.

Guten Appetit!

Wetter

Wetterregel:

Septemberwärme dann und wann,
zeigt strengen Winter an.

Impressum:

Herausgeber:
Bündnis 90/Die Grünen
Ortsverband Jülich
Ralf Lehmann
Am Wiesenhang 16
52428 Jülich
www.gruene-juelich.de
Redaktion:
Jürgen Laufs, Emily Willkomm-Laufs, Dr. Lutz Baumgarten, Marita Boslar, Anke Talarek, Sebastian Steininger
V. i. S. d. P.: Jürgen Laufs, Christinastr. 19, 52428 Jülich
J.Laufs@juelich2030.de
Konzept & Design
la mechky+
Agentur für Design & Kommunikation
www.lamechky.de
Druckauflage: 10.000 Exemplare
Druck: MegaDruck
Produktions- und Vertriebs GmbH
Eichendorffstraße 34
26655 Westerstede